

28 Seiten
3 A Seiten

-1A-

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN Ausschußprotokoll **11/671**

11. Wahlperiode

07.10.1992

sr-mj

**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

Protokoll

38. Sitzung (nicht öffentlich)

7. Oktober 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 13.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Champignon (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1. Aktuelle Viertelstunde

1

Der Ausschuß behandelt folgende Anfragen:

- a) "Finanzminister Schleußer will Arbeitsschutz liquidieren" (Frage der Fraktion DIE GRÜNEN),
- b) Stand der Diskussion zum Gesundheitsstrukturgesetz (Frage der Fraktion der CDU).

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

Seite

**2. Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung
und den Krankentransport durch Unternehmer (RettG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3181
Vorlagen 11/1393, 11/1399, 11/1533
Ausschußprotokoll 11/575

9

Der Ausschuß stimmt über die von SPD, CDU und F.D.P.
eingebrachten Änderungsanträge ab (siehe dazu Beschluß-
empfehlung Drucksache 11/4438, Seite 37 ff.).

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß den Gesetzent-
wurf in der Fassung der zuvor gefaßten Beschlüsse mit
den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung von F.D.P.
und GRÜNEN an und bestimmt Abgeordneten Champignon zum
Berichterstatter.

**3. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993
(Haushaltsgesetz 1993)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200
Vorlagen 11/1521, 11/1524
Zuschriften 11/1866, 11/1970

13

Der Ausschuß tritt in die Einzelberatung des
Einzelplans 07 ein. Er diskutiert zunächst den Personal-
haushalt und behandelt dann den Sachhaushalt der
Kapitel 07 010, 07 110, 07 210, 07 220, 07 230,
07 310, 07 320, 07 330, 07 510 und 07 020 (teilweise).

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

Seite

**4. Radioaktive Verseuchung durch Atommüll-Freigabe
in Nordrhein-Westfalen**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/1995
Vorlagen 11/1141, 11/1489

26

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD,
CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN ab.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

3. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200
Vorlagen 11/1521, 11/1524
Zuschriften 11/1866, 11/1970

P e r s o n a l h a u s h a l t

Kapitel 07 010 - Ministerium

Abgeordneter Arentz (CDU) bemerkt, bei den Bezügen der Beamten sei bei fünf Stellen mehr ein Minus von 718 000 DM ausgewiesen, und bittet diesen Widerspruch zu erklären.

Ministerialdirigent Dr. Berg (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erläutert, die Personalausgaben würden auf der Basis der letzten Ist-Ausgaben überprüft und aufgrund einer angenommenen linearen und strukturellen Verbesserung hochgerechnet. So könne es immer wieder vorkommen, daß die Ansätze der Besoldungs- und Vergütungstitel unterschritten würden.

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen

Abgeordneter Arentz (CDU) erinnert an das Schreiben des Hauptpersonalrats zu der kw-Stellen-Problematik, das zumindest auf den ersten Blick nachvollziehbar sei. Es gehe nicht an, daß ein Bereich der dem MAGS nachgeordneten Verwaltung als "Steinbruch" benutzt werde.

Die kw-Stellen-Situation sei in der Tat problematisch, pflichtet **MD Dr. Berg (MAGS)** seinem Vorredner bei. Es gebe im Einzelplan 07 377 kw-Vermerke mit unterschiedlichen Fristen und in unterschiedlicher Art. Schwierig sei es, die in

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

Kapitel 07 020 ausgewiesenen 86 Stellen zum 31. Dezember 1992 kw zu stellen. Mittlerweile sei eine Vorlage an den Landtag unterwegs, in der vorgeschlagen werde, wo diese Stellen im einzelnen eingespart werden sollten: fünf Stellen beim staatlichen Arbeitsschutz - alle in Ausbildung befindlichen Beamten könnten allerdings übernommen werden -, zwei Stellen beim Institut "Arbeit und Technik", zwei Stellen in der Sozialgerichtsbarkeit, in der ein Klagerückgang von 18 % zu verzeichnen sei, 29 Stellen in der Versorgungsverwaltung, vier Stellen bei den Hygienisch-Bakteriologischen Untersuchungsämtern und 39 Stellen bei der Landesstelle für Aussiedler in Unna-Massen.

Abgeordneter Harbich (CDU) nimmt an der Formulierung in den Erläuterungen "... bleibt dem parlamentarischen Beratungsverfahren vorbehalten" Anstoß. Das Parlament könne zumindest einen rechtzeitigen Vorschlag des Ministeriums erwarten. Ein Vorschlag sei nun angekündigt worden, aber das helfe in der gegenwärtigen Situation auch nicht weiter.

MD Dr. Berg (MAGS) hält dem entgegen, bei Haushaltsaufstellung sei noch nicht bekannt gewesen, welche Stellen frei seien oder würden. Deshalb habe bei Drucklegung des Haushaltsplanentwurfs dazu noch nicht näher Stellung genommen werden können.

Auch **Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)** spricht das Schreiben des Hauptpersonalrats beim MAGS an. Er wisse nicht, ob alles darin zutrefte, meine aber, es müsse auf jeden Fall untersucht werden, inwieweit die Umsetzung der Organisationsuntersuchungen in den angesprochenen Bereichen die Funktionsfähigkeit von Landesbehörden beeinträchtigten.

Die Gewerkschaft ÖTV habe überdies dem Landtag eine Zuschrift in Sachen IDIS zugehen lassen, in der darauf aufmerksam gemacht werde, daß von 89 Stellen 37 abgebaut werden sollten und völlig unklar sei, inwieweit in Zukunft die Aufgaben des Instituts wahrgenommen werden könnten.

Abgeordneter Harbich (CDU) meint, man befinde sich in dem Dilemma, daß zu den vier Bereichen, zu denen Untersuchungen anstünden, keine Anmerkungen gemacht werden könnten, weil man nicht wisse, wohin die Reise gehe. Es würden kw-Ver-

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

merke ausgebracht und Stellen verschoben, und man sei nicht in der Lage zu übersehen, inwieweit das eine Vorwegnahme von Untersuchungsergebnissen sei.

Dabei müsse berücksichtigt werden - fügt **Abgeordneter Arentz (CDU)** an -, daß der Personalteil des Haushalts auch Auswirkungen auf den Sachteil habe.

Im Erläuterungsband sei auf den Seiten 244/245 zu lesen, welche Organisationsuntersuchungen durchgeführt würden. Dann heiße es, nach dem derzeitigen Stand der Organisationsuntersuchungen sei bereits erkennbar, daß im Ergebnis erhebliche strukturelle Veränderungen im Behördenaufbau, beim Personalbedarf und der Organisation durchzuführen seien.

Problematisch sei nur, daß das Parlament oder zumindest die Oppositionsfraktionen nicht über die Erkenntnisse der Landesregierung über die bereits absehbar notwendigen strukturellen Veränderungen verfügten. Damit sei es ihm praktisch unmöglich, in seriöser Weise über den Haushalt zu beraten.

Abgeordneter Kuschke (SPD) legt dar, die von seinem Vorredner zitierten Anmerkungen im Erläuterungsband nehme er so hin, wie sie dort geschrieben stünden. Die Landesregierung sei Auftraggeber und habe von daher einen anderen Kenntnisstand als das Parlament. Das interessiere ihn nicht, weil auch hier gelte: Das Parlament berate den Haushaltsplanentwurf 1993, und dabei könnten nur Entscheidungen getroffen werden, die sich haushaltsrelevant für 1993 ergäben, und nicht auf der Grundlage von Untersuchungen, deren Ergebnisse dem Parlament nicht vorlägen.

Die Landesregierung habe aus seiner Sicht nur die Möglichkeit, einen anderen Sachstand herbeizuführen, wenn sie einen Nachtrags- oder Ergänzungshaushalt einbringe. Weil bekannt sei, welche Position die Mehrheitsfraktion dazu einnehme, schließe er diese Möglichkeit weitestgehend aus.

Abgeordneter Dreyer (CDU) merkt an, er könne nicht nachvollziehen, wie das IDIS nach Abbau von 37 Stellen seine Aufgaben weiterhin wahrnehmen könne. Das Institut biete beispielsweise Unfallopfern oft die einzige Möglichkeit, interdisziplinäre Auskünfte zu erhalten.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

Abgeordneter Harbich (CDU) unterstreicht, vor dem Hintergrund der vom Abgeordneten Arentz zitierten Anmerkungen im Erläuterungsband sei es geboten, daß das Ministerium dem Fachausschuß in den Haushaltsberatungen zumindest seine Denkrichtung vorstelle. Erst dann könne der Fachausschuß beurteilen, ob es angemessen sei, beispielsweise der Versorgungsverwaltung eine große Zahl von Stellen zu entziehen.

In den vergangenen Jahren habe seine Fraktion stets nach der Entwicklung in der Versorgungsverwaltung gefragt. Darauf sei immer wieder geantwortet worden, daß dort Aufgabenzuwächse zu verzeichnen seien. Plötzlich sei ein großer Block an Stellen vorhanden, den man zur Bewältigung der zugegebenermaßen umfangreichen Aufgaben in Unna-Massen verschieben könne. Vor diesem Hintergrund müsse es doch erlaubt sein, beispielsweise zu fragen, ob dort ein größeres Dispositionspotential gesehen werde und welche Auswirkungen dies auf den Haushalt habe.

Abgeordnete Thomann-Stahl (F.D.P.) bezeichnet die vom Abgeordneten Kuschke zum Ausdruck gebrachte Einstellung zu dem Problem als unbefriedigend. Hier gehe es nicht nur um Stellen, sondern auch um betroffene Menschen. Wenn festgestellt werde, daß Organisationsstrukturen grundlegend geändert werden sollten, von denen unter Umständen Tausende von Menschen betroffen seien, könne die Mehrheitsfraktion nicht argumentieren, zunächst müsse abgewartet werden, bis die Landesregierung "den Sack aufbinde". Nach ihrer Auffassung müsse das Parlament die Angelegenheit begleiten und diskutieren.

Abgeordneter Kuschke (SPD) erkennt in diesem Zusammenhang nur zwei Möglichkeiten: entweder vorliegende Ergebnisse ausführlich zu beraten oder über Gerüchte zu diskutieren. Für ihn komme nur die erste Möglichkeit in Frage. Der SPD-Fraktion liege kein Gutachten vor. Sobald die Untersuchungen auf dem Tisch lägen, werde man sich ausreichend Zeit zu deren Behandlung nehmen. Im Haushalt 1993 würden aus den Untersuchungen keine Konsequenzen gezogen.

Abgeordneter Arentz (CDU) hält dem entgegen, der vorliegende Haushaltsentwurf enthalte eine Reihe von kw-Vermerken. Er könne sich nicht vorstellen, daß die Vermerke nichts mit dem Erkenntnisstand der Landesregierung zu tun hätten, den sie heute aufgrund der Untersuchungen habe. Die Landesregierung habe doch nicht ohne

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

Absicht den von ihm zitierten Hinweis auf Seite 245 des Erläuterungsbandes angebracht.

MD Dr. Berg (MAGS) erklärt, der vorliegende Haushaltsentwurf und die dem Ausschuß noch zugehende Übersicht über die Stelleneinsparungen nähmen in keinem Punkt ein Ergebnis der zur Zeit laufenden Organisationsuntersuchungen vorweg.

Das sei auch an folgendem zu erkennen: Für Unna-Massen seien 90 neue Stellen, befristet zum 31. Dezember 1993, eingestellt worden. Auch hier sei bei Kapitel 07 020 ausgewiesen, daß sie im gesamten Geschäftsbereich einzusparen seien. Damit sei sichergestellt, daß kein Druck auf die Versorgungsverwaltung oder einen anderen Bereich ausgeübt werde. Die Entscheidung darüber, wo sie einzusparen seien, bleibe den nächsten Haushaltsberatungen vorbehalten.

Bei Unna-Massen seien überdies die Mittel für Aushilfskräfte von 2,8 auf 3,7 Millionen DM angehoben worden, um zeitlich befristete Aufgaben zügig durchführen zu können.

Zu den Ausführungen auf Seite 245 des Erläuterungsbandes sei anzumerken: Die Untersuchungen liefen seit Frühjahr dieses Jahres. Bei allen vier Untersuchungen gebe es projektbegleitende Arbeitsgruppen bzw. in einem Fall einen Kontaktausschuß. In diesen Gremien seien die relevanten Ressorts und die Personalvertretungen vertreten. Daß sich aufgrund der in diesen Gremien geführten Diskussionen Änderungen in der Aufbauorganisation abzeichneten, liege auf der Hand. Allerdings lägen der Landesregierung keine Personalbedarfszahlen vor.

Abgeordneter Arentz (CDU) entgegnet, wenn im Erläuterungsband, der schon vor einer Weile geschrieben worden sei, festgestellt werde, daß im Ergebnis erhebliche strukturelle Veränderungen durchzuführen seien, habe der Fachausschuß einen Anspruch darauf, daß die Landesregierung ihm über die strukturellen Veränderungen nach ihrem derzeitigen Erkenntnisstand berichte.

Wenn 47 Stellen der Versorgungsverwaltung kw gestellt würden - so **Abgeordneter Harbich (CDU)** -, könne daraus nur geschlußfolgert werden, daß in diesem Bereich Veränderungen anstünden. Deshalb könne er nicht nachvollziehen, daß das Ministerium nicht bereit sei zuzugeben, daß es hier aufgrund der Entwicklung Spielraum sehe.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

Das könnte, wenn die Gutachten vorlägen, unter Umständen ja auch von der Opposition mit vollzogen werden.

Abgeordneter Kuschke (SPD) stellt fest, insoweit sei man nicht auseinander. Nichts anderes sei auch aus den Anmerkungen des MD Dr. Berg herauszuhören gewesen.

Abgeordneter Harbich (CDU) entgegnet, MD Dr. Berg habe von einer Stellen-
erwirtschaftung aus dem Gesamtbereich gesprochen.

Ihm komme es darauf an, erwidert **Abgeordneter Kuschke (SPD)**, daß die jetzt diskutierten Vorgänge nichts mit den zu erwartenden Organisationsgutachten zu tun hätten. Und das sei aus den Ausführungen des MD Dr. Berg deutlich geworden.

Strukturelle Änderungen bedeuteten nicht zwingend, daß damit personalwirtschaftliche Auswirkungen verbunden seien. Unter strukturellen Veränderungen verstehe er in erster Linie die Modernisierung der Landesverwaltung.

Die SPD-Fraktion gehe davon aus, daß keinerlei Auswirkungen auch personalwirtschaftlicher Art, die sich möglicherweise aus den Organisationsgutachten ergeben könnten, in den vorliegenden Haushaltsplanentwurf eingeflossen seien.

Der von seinem Vorredner geäußerten Annahme kann sich **Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)** nicht anschließen. Nach seinem Eindruck sei der Personalhaushalt des Einzelplans 07 gar nicht beratungsfähig, weil die Ausführungen im Erläuterungsband den begründeten Verdacht nahelegten - der durch eine gegenteilige Behauptung aus dem Ministerium nicht entkräftet werden könne -, daß die Veränderungen sehr wohl im Zusammenhang mit dem Erkenntnisstand der Landesregierung über die Organisationsuntersuchungen stünden.

Abgeordneter Dreyer (CDU) fragt, ob mit dem Haushaltsplanentwurf 1993 keine strukturellen Veränderungen im Aufbau, hinsichtlich des Personals und in der Organisation durchgeführt würden.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

MD Dr. Berg (MAGS) erläutert, es gehe um die Exekution des Beschlusses des Parlaments, 86 Stellen zum 31. Dezember 1992 abzubauen. Das Ministerium schlage eine Umsetzung vor, mit der alle Bereiche des Einzelplans 07 betroffen würden. Es gebe insgesamt 7 899 Stellen, von denen 3 500 auf die Versorgungsverwaltung entfielen, so daß bei dieser mit 29 Stellen unterdurchschnittlich abgebaut werde. Man habe gerade deshalb das gesamte Spektrum genutzt, damit ein Verdacht, wie er hier zu hören sei, nicht aufkomme.

Der Haushaltsentwurf 1993 sehe 90 neue Stellen und 90 kw-Stellungen vor. Auch diese kw-Vermerke sollten über den gesamten Geschäftsbereich hinweg realisiert werden.

Was die Anmerkungen des Abgeordneten Dreyer zum IDIS angehe, so könne er diese weder dementieren noch bestätigen. Dem MAGS lägen noch keine Personalbedarfszahlen vor. Der Entwurf des ersten Gutachtens werde nach dem jetzigen Terminplan dem Kontaktausschuß am 29. Oktober vorgelegt.

Bei **Kapitel 07 110** - Arbeitsschutz, Staatl. Gewerbeärzte und Zentralstelle für Sicherheitstechnik und Strahlenschutz - erinnert **Abgeordneter Harbich (CDU)** an seine im Rahmen der heutigen Aktuellen Viertelstunde gemachten Ausführungen.

Bei **Kapitel 07 120** - Institut "Arbeit und Technik" - stellt **Abgeordneter Arentz (CDU)** eine Erweiterung des Stellenplans um zwei Angestelltenstellen fest. Das widerspreche der Auskunft, daß in diesem Bereich zwei kw-Vermerke realisiert würden.

MD Dr. Berg (MAGS) erläutert, eine Stelle aus dem Kapitel 07 110 und eine Stelle aus der Versorgungsverwaltung seien umgewandelt und zu diesem Kapitel verlagert worden. Dies sei vor der Drucklegung des Haushalts beabsichtigt gewesen. Diese beiden Stellen seien wegen des zeitlichen Vollzugs also nicht gleich einbehalten worden.

Abgeordneter Arentz (CDU) fragt, ob das Institut 1993 nun mehr oder weniger Mitarbeiter haben werde.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

MD Dr. Berg (MAGS) antwortet, die Mitarbeiterzahl werde gleich bleiben.

Im Zusammenhang mit **Kapitel 07 210** - Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte - legt **Abgeordneter Arentz (CDU)** dar, vor der Sommerpause habe es in Köln Diskussionen über die Belastung der Arbeitsgerichte gegeben. Die Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage der Abgeordneten Robels-Fröhlich deute darauf hin, daß dort inzwischen wieder alles in Ordnung sei. Das veranlasse ihn zu der Frage, ob tatsächlich die Stellensituation des nichtrichterlichen Personals in der Arbeitsgerichtsbarkeit für ein Funktionieren als befriedigend bezeichnet werden könne.

MD Dr. Berg (MAGS) gibt die Auskunft, für Köln sei ein mehrstufiges Konzept erarbeitet worden, um die Situation zu verbessern. Zum einen seien die Mittel für Aushilfskräfte angehoben worden. Aber gerade in Großstädten wie Köln sei es mehr eine Frage des Marktes als des Geldes. Zum zweiten sei der Präsident gebeten worden, Schreibkräfte, die sich in Sonderurlaub unterschiedlichster Art befänden, zu fragen, ob sie Schreibarbeiten übernähmen. Sollte auch dies nicht gelingen, müßten Schreibbüros beauftragt werden. Insgesamt sei die schwierige Personalsituation auf die Wertigkeit der Stellen zurückzuführen, an die man allerdings gebunden sei.

Abgeordnete Thomann-Stahl (F.D.P.) bittet zu **Kapitel 07 220** - Landessozialgericht und Sozialgerichte - um Auskunft, worauf der Arbeitsrückgang, von dem vorhin die Rede gewesen sei, zurückzuführen sei.

Leitender Ministerialrat Pieper (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erläutert, die Einführung des obligatorischen Widerspruchsverfahren habe die Wirkung entfaltet, daß vielen Widersprüchen von den Sozialversicherungsträgern abgeholfen werde. Dadurch verspreche man sich langfristig eine Entlastung der Gerichtsbarkeit.

Zu **Kapitel 07 230** - Landesversicherungsamt NRW in Essen -, **Kapitel 07 310** - Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf - und **Kapitel 07 320** - Zentralstelle für den Bergmannsversorgungsschein in Gelsenkirchen - stellt **Abgeordneter Dreyer (CDU)** fest, diese drei Häuser arbeite-

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

ten als Landesoberbehörden mit sehr wenig Personal und drei hochbezahlten Leitern. Seines Erachtens sei keine Organisationsuntersuchung notwendig, um erkennen zu können, daß es sinnvoller sei, diese Behörden zusammenzufassen.

MD Dr. Berg (MAGS) meint, die Heterogenität der Aufgabenvielfalt lasse eine Zusammenführung ohne weiteres nicht zu.

LMR Buchheit (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erinnert daran, daß die Landesausführungsbehörde für Unfallversicherung ein selbstverwalteter Sozialleistungsträger sei und sich schon von daher eine Zusammenlegung verbiete.

S a c h h a u s h a l t

Kapitel 07 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen

Abgeordneten Gregull (CDU) interessiert, von welchem Zugang an Aussiedlern und Asylbewerbern, der über Unna-Massen abgewickelt werden müsse, das Ministerium im Jahre 1993 ausgehe und Kosten in welcher Höhe den nordrhein-westfälischen Kommunen für Asylbewerber entstünden.

MD Dr. Berg (MAGS) führt aus, beide Fragen seien recht schwierig zu beantworten, die erste deshalb, weil es außerordentlich kompliziert sei, im Haushalt die Aufwendungen für Aussiedler und Asylanten zu trennen, die zweite wegen des damit verbundenen hohen Aufwandes.

Zur ersten Frage könne er so viel sagen, daß alle Ansätze der Titel des in Rede stehenden Kapitels im Grunde genommen überrollt worden seien. Er sage zu zu überprüfen, inwieweit eine Antwort auf die zweite Frage möglich sei. Er gehe davon aus, daß bestenfalls für das Jahr 1991 Auskünfte gegeben werden könnten.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

Abgeordneten Gregull (CDU) interessiert ferner, was sich hinter dem neuen **Titel 526 20 - Vergütungen für Werkverträge - verberge.**

Leitender Ministerialrat Baumann (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) erläutert, dieser Titel sei darauf zurückzuführen, daß der Schülerwettbewerb als organisatorische Einheit nunmehr in die Landesstelle Unna-Massen überführt worden sei.

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen

Abgeordneter Dreyer (CDU) spricht **Titel 684 20 - Zuschüsse zur Unterstützung von arbeitslosen Zentren, -treffs und -initiativen zur Förderung zur Hilfe zur Selbsthilfe beim Versuch der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt - an.** Ihn interessiere die arbeitsmarktpolitische Relevanz dieser Ausgaben, ob in hohem Maße eine Reintegration in den Arbeitsmarkt möglich sei oder ob die soziale Betreuung im Vordergrund stehe.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE) bringt zum Ausdruck, daß angesichts der mangelnden Perspektiven, Erwerbslosigkeit zu überwinden, davon auszugehen sei, daß, unabhängig von der Frage der Kostenträgerschaft, die Tätigkeit der Arbeitslosenzentren zu einer unverzichtbaren Daueraufgabe geworden sei. Durch die Kürzung der ABM-Zuschüsse des Bundes und die haushaltspolitischen Maßnahmen in den Kommunen müsse eine recht dramatische Entwicklung in diesem Bereich konstatiert werden, mit der Folge, daß Infrastrukturen mehr und mehr austrockneten. Der seit Einführung der Förderung unveränderte Höchstbetrag decke überdies nur noch einen bescheidenen Teil der Kosten ab; überwiegend müßten Drittmittel in Anspruch genommen werden, die auf freiwilliger Basis gegeben würden. Vor diesem Hintergrund frage er, ob es Überlegungen gebe, den Höchstfördersatz anzupassen und ob angesichts der immer enger werdenden ABM-Situation die Sicherung einer kontinuierlichen Arbeit der Arbeitslosenzentren durch die Förderung einer festen Kraft in Erwägung gezogen werde.

Ministerialrat Pfau (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) berichtet, erste Zwischenergebnisse der von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Unter-

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

suchung zu diesem Bereich lägen vor. Darin werde bestätigt, daß die Notwendigkeit bestehe, die Einrichtungen auch weiterhin zu erhalten.

Bei verschiedenen Novellierungen des Arbeitsförderungsgesetzes habe das Land den Versuch unternommen, diese Stellen in die Bundesförderung aufnehmen zu lassen. Leider seien diese Bemühungen erfolglos geblieben.

Aus derzeitiger Sicht könne leider nur gesagt werden, daß das Land nicht in der Lage sei, die ausgefallenen ABM-Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit durch eine Festfinanzierung aufzufangen.

Abgeordneter Kreutz (GRÜNE) legt dar, trotz zunehmenden Rassismus und zunehmender Ausländerfeindlichkeit werde offenbar daran gedacht, die Maßnahmen zur Stützung der Integration ausländischer Arbeitnehmer abzubauen. Kürzungen in diesem Bereich könne er überhaupt nicht nachvollziehen. Des gleichen wundere ihn, daß mit dem Verweis "Weniger in Anpassung an die erwartete Ausgabenentwicklung" der im letzten Jahr neu eingerichtete Fördertopf für Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit gekürzt werde, obwohl unstrittig ein wesentlich höherer Bedarf vorliege und schon Mitte 1992 dem MAGS Anträge vorgelegen hätten, die fast das Doppelte der eingestellten Mittelsumme ausgemacht hätten.

Ihn interessiere überdies, wie es komme, daß bei zahlreichen arbeitsmarktpolitischen Töpfen insbesondere im Zusammenhang mit Mittelzuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds und der EG seit einigen Jahren ein deutliches Mißverhältnis zwischen dem Ausgaben-Ist und den eingestellten Mitteln existiere.

Zu **Titelgruppe 72** - Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - bemerkt der Abgeordnete, nach Auskunft des Landesarbeitsamtes hätten für im Jahre 1992 neu zu bewilligende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von seiten des Bundes 40 Millionen DM und von seiten des Landes 18 Millionen DM zur Verfügung gestanden. Durch Mittelumshiftungen sei dann eine Verbesserung eingetreten, so daß man davon ausgehen könne, daß bis zum Jahresende eine Summe von 27,6 Millionen DM Landesmittel erreicht werde, was allerdings immer noch bedeute, daß 12,4 Millionen DM Bundesmittel nicht abgerufen werden könnten, weil die entsprechenden Komplementärmittel des Landes fehlten. Das veranlasse ihn zu der Frage, wie das MAGS dies bewerte, mit welchem Fördervolumen der Bundesanstalt für Arbeit 1993 gerechnet werde und ob man davon ausgehen müsse, daß sich das

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

Land immer mehr aus der ergänzenden Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückziehe.

Die Kürzung der Mittel für den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit in der gegenwärtigen Situation verwundert auch **Abgeordneten Arentz (CDU)**. Er wolle in Erfahrung bringen, ob die Mittelreduktion vor dem Hintergrund eines Mangels an sinnvollen Projekten oder lediglich der Notwendigkeit der Ausbalancierung des Haushalts zu sehen sei. Auf jeden Fall sei die Mittelkürzung für ihn ein falsches Signal.

Nach seinen Informationen werde aus den Mitteln für Maßnahmen zur Stützung der Integration - Unterteil 5 zu Titel 684 60 - unter anderem die kulturelle Bergmannsbetreuung finanziert, die zu 50 % von der Ruhrkohle und zu je 25 % vom MAGS und vom Kultusminister getragen werde. Er bitte um Auskunft, ob auch die Bergmannsbetreuung von der Mittelkürzung betroffen sein solle.

Abgeordnete Thomann-Stahl (F.D.P.) bittet um eine Auflistung der aus Titel 684 20 geförderten Einrichtungen.

Weiterhin interessiert sie, ob es sich bei **Titel 697 10** - Hilfsmaßnahmen für Unternehmen der Stahlindustrie zum teilweisen Ausgleich von Sozialplankosten - um freiwillige Leistungen des Landes handele.

Abgeordneter Dreyer (CDU) spricht das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" an, das er stets als sinnvolle Maßnahme betrachtet habe. Nun habe der Sozialdezernent von Essen herbe Kritik an dem Programm geübt, und er, Dreyer, hätte gern gewußt, wie die Landesregierung dazu stehe.

In der Tat müsse der Mittelabfluß bei EG-Programmen als unbefriedigend bezeichnet werden, konstatiert **MD Dr. Berg (MAGS)**. Das liege sicherlich daran, daß es schwierig sei, die Brüsseler Bürokratie zu bewegen. Auf Landesebene sei die Durchführung der entsprechenden Programme der Versorgungsverwaltung übertragen. Die Anlaufschwierigkeiten seien auch auf die Notwendigkeit vieler Rückfragen bei Betrieben zurückzuführen. Dennoch sei er nach wie vor der Auffassung, daß der Programmrahmen einschließlich Verpflichtungsermächtigung ausgeschöpft werde.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
38. Sitzung

07.10.1992
sr-mj

Sollten Mittel nicht abfließen, müßten Reste gebildet werden. Auf keinen Fall dürfe aufgrund des Ausgabenabflusses die Akzeptanz der Programme beurteilt werden.

MR Pfau (MAGS) ergänzt, das arbeitsmarktpolitische Sonderprogramm sei nur langsam in Gang gekommen, weil man über dieses Programm nicht Bundesmittel ersetzen wolle, sondern das Programm so eingerichtet habe, daß die Mittel der Arbeitsverwaltung und der Kommunen mit eingesetzt würden; damit sei ein hoher Verwaltungsaufwand verbunden. Das Ganze habe sich inzwischen aber eingespielt. In den letzten Monaten müsse sogar von einem Run auf das Programm gesprochen werden. Es sei derzeit voll ausgebucht. Das Fördervolumen liege inzwischen bei über 100 Millionen DM.

MD Dr. Berg (MAGS) fährt zur Komplementärförderung des Landes im Zusammenhang mit ABM fort, er könne die von Abgeordnetem Kreuz genannte Zahl nicht bestätigen. Im Haushalt 1992 seien für Neufälle an Barmitteln und VE 23 Millionen DM vorgesehen. Zur Zeit verhandele man mit dem Finanzminister über überplanmäßige Bewilligungen, um einen großen Teil der restlichen Bundesmittel abrufen zu können.

MR Pfau (MAGS) fügt an, die vom Abgeordneten Arentz dargelegten Informationen des Landesarbeitsamtes entsprächen nicht mehr dem neuesten Stand. Die Bundesanstalt habe im Laufe des Jahres zusätzlich 5 Millionen DM bewilligt; mit der Einstellung der Komplementärmittel habe sein Haus in der Tat Mühe gehabt. Diese zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel würden aber nicht voll benötigt, so daß der Komplementäranteil des Landes geringer werde. Hinzu komme, daß man auch Mittel für Städtebau und Denkmalschutz einplanen könne, so daß man hoffe, den diesjährigen Bedarf der Arbeitsverwaltung an Komplementärmitteln abdecken zu können.

Leitender Ministerialrat Dr. Kinstner (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) merkt zu der Frage des Abgeordneten Arentz hinsichtlich der kulturellen Bergmannsbetreuung an, daß davon ausgegangen werden könne, daß mit den veranschlagten Mitteln die bewährten Strukturen erhalten werden könnten.